

# Boffische



# Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erzielungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: H. H. Handwerker, Georg Bernhardt, Verwalt. Berlin (in Aun. d. Charloetterstr.) Carl Misch, Berlin, Druck.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8000-8025, für den Fernverkehr Amt Tele 8001-8005, Telegr.-Adress: Ullsteinhaus, Berlin, Postachtkontokonto Berlin 650.

## Genf einmütig.

### Das Protokoll angenommen.

Nachrichtendienst der „Boffischen Zeitung“.

Genf, 2. Oktober.

In der heutigen Wäberbundtagung wurde die Abstimmung über das Sicherheitsprotokoll vorgenommen. Sämtliche 47 anwesende Staaten stimmten den Bestimmungen zu.

In den Einführungen wird den Regierungen „erlesen die Annahme des Protokolls zu erster Ermüdung empfohlen, zweitens wird ein Protokoll zur Festlegung aufgestellt, drittens wird ein Resolutionen Komitee für die Abstimmung zum Wäberbundtagung eingesetzt, viertens wird der Rat ersucht, die Abstimmungskonferenz unter den bekannten Bedingungen des Artikels 17 des Protokolls einzuberufen, d. h. sobald das Protokoll von drei unabhängigen Staatsmitgliedern und zwei anderen Mitgliedern des Wäberbundes ratifiziert sein wird“. Falls das bis zum 1. Mai nicht erfolgt ist, soll der Generaldirektor den Rat befragen, ob er die Einladungen annullieren oder die Abstimmungskonferenz vertagen soll, bis die nötige Zahl der Ratifikationen zusammen ist.

Ferner wird der Artikel 12 des Protokolls durch die Annahme der Resolutionen sofort in Kraft gesetzt. Sein Inhalt besagt: „Sofort der Kommissionsrat der Wäberbundtagung, unter denen der Rat zur Einführung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen berufen sein könnte, soll zur Vervollständigung der Arbeiten, die den Untersuchern des Protokolls gegebenenfalls geboten werden können, der Rat folgt die wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen des Wäberbundes aufzufordern, ihm einen Bericht über die Art der Bestimmungen der Einführung der Sanktionen und die Maßnahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zu erstatten, die in Artikel 16 des Abkommens und in Artikel 12 des Protokolls erwähnt sind.“

Am Vorph dieser Informationen soll der Rat dann durch seine zuständigen Organe folgende Pläne aufstellen:

- 1. Die Aktionspläne zur Einführung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen einen Negerstaat.
- 2. Die Pläne der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit zwischen einem angegriffenen Staat und den anderen Staaten, die ihm zu Hilfe kommen. Diese Pläne sollen den Mitgliedern des Wäberbundes und den übrigen Untersuchern des Protokolls mitgeteilt werden.
- Der Botschafter des Delegierten Graf Mendosoff machte den Vorschlag, man solle dem französischen Ministerpräsidenten

Bericht und dem einmütigen Ministerpräsidenten Stadenrat telegraphisch von dem Ausgange der Abstimmung Stadenrat geben. Wotta erweiterte den Vorschlag dahin, daß er die vier Ministerpräsidenten der unabhängigen Staatsmitgliedstaaten telegraphisch von der Abstimmung benachrichtigen werde.

In der gestrigen Nachmittagsitzung faßte außer Irland und Fernor der englische Minister Henderson gesprochen.

Henderson erklärte zum Schluß, daß die englische Delegation die Rede Brändens beifällig begrüßt habe, und sagte dann wörtlich: „Wenn Frankreich und England Hand in Hand arbeiten, so können sie die Welt zu der von ihnen erzielten Abstützung führen. Die Schwierigkeiten sind gewiß noch unauflösbar, denn die Wirtschaftslage des Abkommens wird nicht so leicht zerfallen können. Aber wenn die Wäber einmütig den Willen dazu haben, dann wird auch diese Schwierigkeit lösbar.“

In der heutigen Sitzung sprach der französische Sozialist Paul Boncour, der in fast einstimmigen Auslassungen mit großer Begeisterung und unter starkem Beifall des in den Kommissionen ausgearbeitete Wert des Welt, lebens feierte.

Paul Boncour erinnerte am Schluß seiner Rede an die Glocke im Münster zu Brüssel mit der Inschrift: *Vivos voco, mortuos plango, Ingenua frango* — die Lebenden rufe ich, die Toten beklage ich, die Welt zerbrüche ich!

Am dem Tage, an dem das Welt von Genf vollendet sein wird, werden nicht nur diese Glocke, sondern alle Glocken der Schweiz und alle Glocken der ganzen Welt die Lieder aufstehen zur Klage um die Taten ihrer Väter, und dann wird der furchtliche Wäber, durch den der Krieg in die Welt gesetzt wurde, an der Welt gebrochen sein. Paul Boncour wurde nach seiner Rede von allen Seiten beifällig aufgenommen.

Erwähnt-Schweden betonte, daß das Protokoll, wenn es wichtig in dem Geiste durchgeführt werde, in dem es geschlossen werden, einen großen Fortschritt bedeute. Zur Frage der Sanktionen wiederholte er die bereits von ihm in der Kommissionen gemachten Vorbehalte, wonach ein Land nicht zu größeren Leistungen verpflichtet werden solle, als es freiwillig und nach dem Grade seiner wirtschaftlichen und militärischen Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung seiner eigenen Lebenslage leisten könne.

Seute nachmittags 5 1/2 Uhr endete die Wahl der nächsten Sitzung Mitglieder zum Rat und danach der Schluß der fünften Wäberbundtagung am 4. Oktober.

Wenn etwa zweifelhaft ist, ob die Regierung bereits am Mittwoch bei der Abstimmung über den Wäberbundtagung zum Fall kam, ist die Überlegung der Regierung angeht, der wäberbundtagung als gefestigt anzusehen. Östern abend fanden in der Klubs die Wäber, ob die Regierung schon am 8. Oktober oder über den 11. Oktober Vertrag fassen, amnähend 1:1.

## Verhandlungen mit Japan.

Wie die Z. U. erzählt, hat jetzt auch Japan um Handelsvertragsverhandlungen ersucht. Bei diesen besprechenden Verhandlungen wird es sich um eine gegenseitige Umwandlung in einseitiger Wäberbundtagung handeln. Die Wäberbundtagung hat bereits vor einhalb Jahren Schritte in dieser Richtung unternommen, die jedoch infolge der absehenden Wäberbundtagung zu keinem Erfolge führten.

Nach deutscher Seite wird die Wäberbundtagung Handelsvertragsbeziehungen zu Japan beifällig begrüßt, zumal dies kürzlich von der japanischen Regierung eingeführte Einfuhrbeschränkungsregeln für fast völlig praktisch eine vollständigen Drohschlag der deutschen Handelsbeziehungen gleichsam. Man hofft in deutschen Wirtschaftskreisen, daß mit Abschluß eines Handelsvertrages auch diese einseitigen, nur gegen Deutschland gerichtete Handelsbeschränkungen Japans fallen wird. In diesem werden die bereits bestehenden „unilateralen Handelsbeschränkungen ein zweiseitiges Recht als sehr gut begehrt. Die deutsche Wäberbundtagung nach Japan betrug während der ersten vier Monate nur 50 Millionen Goldmark. Da Deutschland während der ersten sieben Monate dieses Jahres allein für 17 Millionen Mark Gold eingekauft hat, befehnt auch auf japanischer Seite ein lebhaftes Bedürfnis an dem Ausbau der deutsch-japanischen Handelsbeziehungen. (Siehe auch dritte Seite.)

## Der Irrtum der Volkspartei

Der Reichstagsleiter wird — wie bereits angeklagt wurde — heute nachmittag die Führer der Koalitionsparteien, des Zentrum, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei, empfangen, um mit ihnen die Möglichkeiten einer Koalitions-erweiterung und einer Umbildung der Reichsregierung zu erörtern. Es ist nicht anzunehmen, daß schon in dieser ersten Aussprache Einigigkeiten will gefehlet werden können. Die Parteiführer werden verbindliche Erklärungen vermuthlich abhängig machen von Einführungen ihrer Fraktionen, die noch einberufen und gehört werden sollen. Der Reichstagsleiter hat aber bereits für morgen 11 Uhr vormittags die Vorbereitung der Sitzung im Reichstagsgebäude für den morgigen Tag festgesetzt, um für 5 Uhr nachmittags die der deutschen nationalen Fraktion zu sich geladen. Das läßt zweierlei Schluß zu: entweder glaubt Dr. Marx, daß ihn die heutigen unverbindlichen Erklärungen ausreichend genug über die in den Koalitionsparteien vorhersehenden Aufstellungen unterrichten werden, um die Verhandlungen auch mit den anderen Parteien anzufangen zu können, oder aber er stellt das Scheitern seines ebenfalls einer Koalition der Koalitionspartei voraus und will nicht noch unnütz Zeit verlieren. Es beharrt ja nur eines rechten Willens ist die heutige Morgenpresse der deutschen nationalen Richtung und man ist darüber unterrichtet, daß die Rechte den Vorschlag des Reichstagsleiters rundweg ablehnt, noch eher er sich offiziell unterbreiten werden ist. „Mühen des Reichstagsleiters“ nennt die „Neuzeitung“ die Obenheiten, die Dr. Marx gestern im Zentrumsausschuß entwickelt hat.

Die Art der Volkspartei, wie sie sich Dr. Marx denkt, lehnen wir für unseren Zielab. Für uns kann die Volkspartei mit einer nationalen und einer internationalen eingeführt, materiellen Partei festhöflichkeit nicht in Frage kommen. Sie ist eine starke Unabständigkeit. Die deutsche nationale Volkspartei möchte ihre Grundsätze völlig verlegen, wenn sie sich zusammen mit Vertretern der Sozialdemokratie an den Regierungsgesicht fests.“

Man sollte meinen, es gäbe nur einen Begriff und nur eine Form der Volkspartei. Der Reichstagsleiter hat sie sehr treffend formuliert als „eine Zusammenfassung aller nationalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte“. Darin liegt das konvergente Welt eine bestanden und ausweichend auf besonders verwerfliche Art der Volkspartei, in die die Deutschnationalen nicht einfließen könnten.

Die Wäberbundtagung des Reichstagsleiters, wie sie von ihm in der „Germania“ dargestellt werden, müssen unsere Bedenken, voransetzt, daß das darunter an die Sozialdemokratie zu sein gemeint ist, zu unterbreiten den deutschen Nationalen in das Kabinett Marx am möglich machen.“

Wenn also die Sozialdemokratie morgen nicht den früheren tatsächlichen Fehler begeht und nicht von vornherein und prinzipiell zu dem Vorschlag des Reichstagsleiters „Rein“ sagt — vorausgesetzt, daß die großen Entwürfe des außen- und innenpolitischen Programms einer Koalition der Volkspartei nicht allzu klar abweisen werden die Deutschnationalen ihre Zustimmung versagen und zu den anderen Parteien, mit denen sie sich reichlich befreundet haben, auch noch die Last der Verantwortung für das Scheitern des Obenheiten einer Koalition übertragen. Was wird die Folge sein? Der reine Bürgerblock, ohne die Demokraten natürlich, wird dann noch unauflöslicher sein als vorher. Das Zentrum, in dem nur eine Wäberbundtagung mit der Idee des Bürgerblocks sympathisiert, wird nach der Deutschnationalen Ablehnung noch weniger sein, an einer unauflöslichen, beizuten Reichstagsversammlung, an einer Konstitution, die tatsächlich einen scharfen Trennungsgleich durch das deutsche Volk zieht, dessen eine Hälfte der anderen feindlich gegenübersteht. Ein deutschnationales Reich würde allen Bürgerblock-Strömungen ein Ende bedeuten. Reichlich blühen die Folge sein. Die Wichtigkeit eines Weiterverbleibens Kabinett Marx, die sich nicht auf eine Wäberbundtagung stützen kann, in der Wichtigkeit aber, wie sich gezeigt hat, für seine Politik im Reichstage eine mehr als ausreichende Mehrheit gehabt hat und weiterhin haben kann.

Das Kabinett Marx wird nicht nur nicht durch die Opposition der Reichsparteien — auch wenn sie „verdrängt“ werden sollte — und nicht durch die Opposition der mit der Regierung Marx in Atem markierenden Konstitutionen ernstlich bedroht sein. Es kann unauflöslich und gesichert werden durch die Zustimmung der Volkspartei, die sich nicht auf die Deutschen Volkspartei, die zwar vertrieben, nicht den Bürgerblock zu vertreten, aber vom Reichstagsleiter sehr einseitig zu die Einbeziehung der Deutschnationalen geachtet hat. Wird die deutsche Volkspartei auch nach einer Deutschnationalen Ablehnung einer Koalition, die sich nicht auf die Volkspartei stützt und auf den Reichstagsleiter hindringt? Die Deutsche Volkspartei hat in den letzten Wochen so viele und so unbedeutende Fehler gemacht, daß man auf weitere Vorbereitung

## England vor Neuwahlen.

Nachrichtendienst der „Boffischen Zeitung“.

London, 2. Oktober.

Wie wir bereits vorerzählt abend in der Lage waren, anzugeben, hat die konteraktive Partei gestern nachts im Unterhaus einen Wäberbundtagung an die Regierung eingebracht, weil der Generalstaatsanwalt — wie von der Konventionen behauptet wird, um die agitatorische Tätigkeit einiger Mitglieder während der Abwesenheit einer öffentlichen Sitzung zu verhindern — die Strafverfolgung eines Kommunisten, der die Wäberbundtagung zum Ungehorsam aufgefordert hat, einstellen ließ. Der konteraktive Antrag hat folgenden unaußerordentlichen Wortlaut:

„Das Haus ist der Ansicht, daß das Verhalten der Königin Regierung Unrecht verdient, soweit es sich auf die Einführung und darauf folgende Einstellung der Strafverfolgung gegen den Rebellator der „Wochenzeitung der Arbeiter“ bezieht.“

Ferner hat Squitts gefordert, nachdem das britische Gesetz in zweiter Lesung mit 291 gegen 224 Stimmen angenommen war, in der Form eines begründeten Wäberbundtagung die Ablehnung des englisch-russischen Vertrages beizutragen. In diesem Antrag wird ausgesprochen, daß, wenn die Regierung bereit ist, die Frage der englisch-russischen Handelsbeziehungen zu fördern und durch vertragliche Abmachungen die Rechte der englischen Schiffer zu sichern, sowie den Russen Rechte zu Handelsverträgen zu eröffnen, der vorliegende Vertrag abgelehnt werden müsse, weil er nach gesetzlich unzulässigen Umständen wider den Ausland lenke, die in England notwendig gebraucht werden, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Produktion zu fördern.